

Vorlage Nr. 183/21

Betreff: **Sozialberichterstattung II - Antrag Fraktion Die Linke**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Sozialausschuss	22.04.2021	Berichterstattung durch:	Herrn Gausmann Herrn Jüttner-von der Gathen
-----------------	------------	--------------------------	--

Betroffenes Leitprojekt/Betroffenes Produkt

Leitprojekt 1	Bildung und Inklusion - die Zukunftssicherung als dauerhafte Aufgabe
Leitprojekt 1.1	Bildung
Leitprojekt 1.2	Inklusion
Leitprojekt 4	Rheine - die gesunde Stadt
Produktgruppe 21	Jugendamt

Finanzielle Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> einmalig	<input type="checkbox"/> jährlich	<input type="checkbox"/> einmalig + jährlich
Ergebnisplan		Investitionsplan		
Erträge	€	Einzahlungen	€	
Aufwendungen	€	Auszahlungen	€	
Verminderung Eigenkapital	€	Eigenanteil	€	
Finanzierung gesichert				
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein			
durch				
<input type="checkbox"/>	Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt			
<input type="checkbox"/>	sonstiges (siehe Begründung)			

Beschlussantrag der Fraktion Die Linke:

Die Verwaltung möge aus dem 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung NRW, mit Bezug auf Rheine, eine Zusammenfassung der

- Rahmenbedingungen, Strukturen, Lebenslagenindikatoren
 - Einkommen/Vermögen, Armut und Reichtum
 - Lebenslagen und Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Lebenslage „Wohnen“
- für die Beratung als eigenständigen Tagesordnungspunkt im Sozialausschuss erarbeiten.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, im Rahmen der künftigen regelmäßigen Sozialberichterstattung die Aspekte des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung zu berücksichtigen.

Begründung:

Auf den Antrag der Fraktion Die Linke wird verwiesen.

Unter folgendem Link ist der Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung abzurufen:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-4608.pdf>

Er umfasst insgesamt 606 Seiten. Viele Aspekte, die dort aufgegriffen werden, sind schon Bestandteil der sich entwickelnden regelmäßigen Sozialberichterstattung. Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung vor, nicht gesondert die dort abgebildeten Ergebnisse zu diskutieren, sondern sie im Gesamtkontext zu berücksichtigen.

Anlagen

Antrag Fraktion Die Linke „Sozialberichterstattung II“ vom 22.03.2021